Mitteilung

für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Ausschuss für Planung und Verkehr	26.09.2014	Kenntnisnahme

Tagesordnungs-Punkt	
	<p style="text-align: center;">Barrierefreiheit im ÖPNV</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sachstandsbericht zur Umsetzung der Vorgabe des § 8 Abs. 3 PBefG - Sachstandsbericht zur Förderpraxis des NVR

Mitteilung:

Hintergrund

In der Sitzung vom 24.05.2013 hat die Verwaltung den Ausschuss über die neue Rechtslage im Zuge der Änderung des Personenbeförderungsgesetzes mit Wirkung zum 01.01.2013 informiert. In §8 Abs. 3 PBefG „Förderung der Verkehrsbedienung im öffentlichen Personennahverkehr“ wird u. a. festgelegt, dass der Nahverkehrsplan die Belange der in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkten Menschen mit dem Ziel zu berücksichtigen hat, die vollständige barrierefreie Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs bis zum **01. Januar 2022** zu ermöglichen. Der Rhein-Sieg-Kreis als Aufgabenträger hat somit eine Verpflichtung, sich dieser Thematik zu widmen, die Rahmenvorgaben für den barrierefreien Zugang zum ÖPNV weiter zu entwickeln und im Nahverkehrsplan entsprechende Rahmenbedingungen zu definieren.

In der Sitzung am 26.11.2013 berichtete die Verwaltung über die Vorgehensweise im Rhein-Sieg-Kreis. Danach wurden im Juni 2013 zunächst die Kommunen über die neue Gesetzeslage und die sich daraus für die Kreise und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden ergebenden Konsequenzen informiert. Desweiteren wurde unter Federführung des Planungsamtes eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Kreisverwaltung (Planungsamt, Straßenverkehrsamt, Behindertenbeauftragte), der Verkehrsunternehmen, der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie einiger im Kreisgebiet als Ansprechpartner vorhandener Behindertenverbände gegründet, mit dem Ziel kreisweit einheitliche Rahmenvorgaben für die Anforderungen an barrierefreie Haltestellen bzw. an barrierefreie Fahrzeuge und Informationen zu erarbeiten. Am 29.11.2013 wurde das Projekt in der Dienstbesprechung der Hauptverwaltungsbeamten mit den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen der kreisangehörigen Kommunen vorgestellt und fand dort grundsätzliche Zustimmung.

Sachstand

Zwischenzeitlich hat die Arbeitsgruppe ihre Arbeit abgeschlossen und einen Entwurf erarbeitet, in welchem die Rahmenvorgaben des Rhein-Sieg-Kreises zur Erfüllung der Anforderungen gemäß §8 Abs. 3 PBefG dargestellt sind. Dieser Entwurf wurde den Vertretern der Kommunen im Juni dieses Jahres vorgestellt und liegt dieser Vorlage als Anlage bei.

Mit den Rahmenvorgaben für einen barrierefreien ÖPNV hat der Rhein-Sieg-Kreis dargelegt, auf welche Art und Weise vorgegangen werden soll, um den ÖPNV bis zum Jahr 2022 barrierefrei zu gestalten. Dazu gehört auch, Ausnahmen gemäß §8 PBefG zuzulassen und zu begründen. Das gewählte Abstimmungsverfahren sowie die inhaltliche Ausgestaltung erfolgte dabei in enger Anlehnung an die parallel erarbeitete Handreichung der Bundesarbeitsgemeinschaft ÖPNV (BAG ÖPNV) zum Thema Barrierefreiheit, an welcher auch Vertreter des Planungsamtes mitgewirkt haben.

Derzeit erarbeiten die Kommunen in Abstimmung mit dem Planungsamt Prioritätenlisten für den (weiteren) Haltestellenausbau. Somit wird sichergestellt, dass die Barrierefreiheit in Zeiten knapper Finanzmittel zunächst dort hergestellt wird, wo sie am notwendigsten ist bzw. den meisten Fahrgästen dient. Die Beantragung der Fördermittel sowie des Ausbaus der Haltestellen obliegt den jeweiligen Straßenbausträgern.

Fördersituation beim NVR

Der NVR hat die ihm bis Ende 2017 gesetzlich gesicherten Fördermittel nahezu vollständig ausgeschöpft. Während die Fördermittel für die vollständige Umsetzung bewilligter Maßnahmen und für Maßnahmen mit Gewährung eines vorzeitigen Beginns gesichert sind, können derzeit (bis auf wenige Ausnahmen) keine neuen Förderzusagen für in diesem Jahr oder in den Vorjahren eingeplante Maßnahmen erteilt werden. Gründe hierfür sind:

- Die Zuwendungen des Landes an den NVR sind in der derzeitigen Fassung nur bis zum 31.12.2017 gesichert (Außerkräfttreten des ÖPNVG NRW).
- Gesetzliche Mittel stehen den Zweckverbänden nicht immer in vollem Umfang zur Verfügung (aufgrund der Jährlichkeit der Mittelzuweisung sowie der Maßgabe, bis zur Jahresmitte des Folgejahres nicht verausgabte Mittel wieder an das Land zurück zu zahlen).
- Unwägbarkeiten durch Verzögerungen bei der Planung und Umsetzung bereits bewilligter Maßnahmen mit der Folge, dass erteilte Verpflichtungsermächtigungen verschoben werden müssen.
- Kürzung der pauschalierten Investitionsförderung.

Der NVR hat in diesem Zusammenhang das Land aufgefordert, für den Zeitraum nach Auslaufen des derzeit gültigen ÖPNVG NRW schnellstmöglich Finanzierungs- und Planungssicherheit herzustellen. Der NVR wäre dann in der Lage, neue Förderzusagen mit Zuwendungen in den Jahren ab 2018 zu erteilen.

Aufbau eines Haltestellenkatasters

Noch in diesem Jahr soll mit dem Aufbau eines Haltestellenkatasters für den Rhein-Sieg-Kreis begonnen werden. Hier befindet sich die Verwaltung derzeit in der Abstimmung mit dem VRS, welcher den Aufgabenträgern angeboten hat, das bereits bestehende Haltestelleninformationssystem des VRS (für Haltestellen des SPNV) zu nutzen, in dem dieses um Module für ÖPNV-Haltestellen erweitert wird. Diese Vorgehensweise bietet für den Rhein-Sieg-Kreis zwei Vorteile: Zum einen entfällt die Notwendigkeit der Bereitstellung und Pflege einer eigenen Software und zum anderen können die dort eingepflegten Daten auch in der Haltestellenauskunft des VRS angezeigt werden. Der Kunde kann damit alle verfügbaren und relevanten

Informationen zu einer Haltestelle über die VRS-Internetseite abrufen. Langfristig ist geplant, auf der Grundlage der Informationen aus dem Haltestellenkataster eine barrierefreie Auskunft im Sinne einer barrierefreien Reisekette anbieten zu können. Voraussetzung hierfür ist, dass die Haltestellendaten seitens der Kommunen bereitgestellt und von zentraler Stelle gepflegt werden.

Im Auftrag

(Michael Jaeger)

Anhang: Rahmenvorgaben des Rhein-Sieg-Kreises zur Erfüllung der Anforderungen gemäß §8 Abs. 3 PBefG (Entwurf)